

Dresden hat einen neuen Stadtrat gewählt. Und die AfD ist offenbar drittstärkste Kraft geworden. Für die Kultur sieht das nicht gut aus, wissen schon jetzt etliche Kulturschaffende.

Nicht nur in Hamburg gab es neben den Wahlen zum Europarlament weitere Kommunal-Wahlen. Auch etwa in Dresden wurde gewählt. Im neuen Stadtrat wird die AfD nun erheblich mehr Einfluß haben. Und was das für die Kultur und ihre Besucher bedeutet, beschreibt Redakteur Martin Morgenstern in düsteren Farben.

„Kein Cent für politisch motivierte Kunst“ – mit diesem Wahlversprechen ist die AfD am Sonntag im Dresdner Stadtrat zur drittstärksten Kraft geworden. Im Regierungsprogramm der Sachsen-AfD findet sich dieser sicher etwas platte Spruch seit heute mit Details untersetzt: so soll unsere Kultur zukünftig ein „Spiegel des Selbstverständnisses der sächsischen Bürger“ sein.

Als Dresdner Kulturbürger, Musiker, Kritiker, Gründer eines vom Europäischen Zentrum der Künste unterstützten Kulturprojekts (das, wenn es nach der AfD ginge, sofort den Hahn abgedreht bekäme) und Mitorganisator eines hochsubventionierten Kulturfestivals frage ich mich, was dieses neue Selbstverständnis von Kultur für Auswirkungen auf Dresden haben wird. Momentan heißt es von seiten der CDU noch, mit der AfD wolle man nicht zusammenarbeiten (wie lange noch?). Aber ab Herbst wird die AfD sicherlich so manche Kultursubvention lautstark und populistisch hinterfragen. „Ist das Kunst? Oder kann das weg?“ Gerade fragile, streitbare, abseits des Selbstverständnisses der sächsischen Bürger liegende Kunstprojekte werden es schwerer haben.“

Und er führt weiter aus: „Wozu alljährlich teure internationale Gastkünstler zu den Musikfestspielen einladen, wenn Sachsen doch so viele einheimische (heterosexuelle) Musiker, Spielmannszüge, Bergsteigerchöre und Bergmannszüge aufzubieten hat? Im noch weiteren Sinne wäre mit der AfD zu fragen: wer braucht eigentlich diesen teuren Kunstunterricht in den Schulen? Überhaupt, kommunale Förderung für Musikschulen? Warum eigentlich überhaupt öffentliche Orte und neue Bauten für solche Kunst fördern? Und so weiter.

Und wenn jetzt ein AfD-Politiker schnaubte: so sei das ja nicht gemeint gewesen, man wende sich vorrangig gegen „soziokulturelle Klientelpolitik“ – dann heißt das im Klartext, dass der genehme Mainstream gestärkt und alles andere möglichst ausgetrocknet werden soll. Gordon Engler (AfD) formuliert das unmissverständlich: „Neumodische Extravaganzen passen einfach besser zu einer

Stadt wie Berlin. Dresden und seine alteingesessene Bürgerschaft sind für eine Großstadt vergleichsweise konservativ geprägt. Insoweit gilt es auf den Geschmack und die Interessen der Bürger Rücksicht zu nehmen. Die exzentrische Randgruppenkunst sollten wir daher gerne Leipzig und Berlin überlassen.“

Seine Prognose: „gute Chancen sehen wir da allenfalls für „Dresden singt und musiziert“, vielleicht noch für die „Serenade im Grünen“ mit dem Kreuzchor. Für die restlichen fünfundfünfzig Veranstaltungen der Dresdner Musikfestspiele, für Jordi Savall und sein „Orient-Okzident“-Projekt mit syrischen Musikern (Gott behüte!), für den amerikanischen Glashütte-Preisträger Joshua Bell, für Triadische Ballette (rätselhafte Avantgarde-Kopfgeburt, weg damit), für Yo-Yo Ma, AuditivVokal und gerade für Veranstaltungen mit Schostakowitsch-Quartetten sieht es dagegen ganz, ganz düster aus.“

Quelle: www.musik-in-dresden.de

Auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet über die Bemühungen der Dresdener AfD, das „Europäische Zentrum der Künste“ samt der renommierten „Dresden Frankfurt Dance Company“ in Dresden-Hellerau zu schließen und den Gebäudekomplex aus dem frühen 20. Jahrhundert zur Vermietung freizugeben. ([F.A.Z. Net vom 29. Mai 2019](#)). Grund: die kulturelle Nutzung sei ein Groschengrab und experimentell. „Die Dresden Frankfurt Dance Company ist sehr erfolgreich und kein Groschengrab, aber auch experimentell, soll also gleich mit weg“, kommentiert FAZ-Redakteurin Wiebke Hüster.

Dresden also bald eine kulturelle No-Go-Area?

